

An:
Darmstädter Echo
Berliner Allee 65
64285 Darmstadt

Presseerklärung

Sehr geehrte Damen und Herren,

23. Juni 2020

ich hoffe, Ihnen geht es gesundheitlich gut.
Hier ein Antrag zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise, den die AfD Darmstadt bei der (nächsten) Stadtverordnetenversammlung am 25.6.2020 einbringen wird (siehe auch Dateianhang):

Dazu folgende **PRESSEMITTEILUNG** der AfD Darmstadt:

Stufenweise Senkung des Hebesatzes der Gewerbesteuer in Darmstadt

Mit dem Konjunkturpaket im Juni 2020 hat die Bundesregierung entschieden, die Gewerbesteuerausfälle durch Bund und Land vorübergehend von den Kommunen zu übernehmen, um diese damit zu ersetzen.

Darmstadt hat den höchsten Hebesatz für die Gewerbesteuer im Vergleich aller benachbarten Gemeinden. Diese jetzige Zeit der Kostenübernahme sollte für stimulierende Maßnahmen und Aktivierung der sich abzeichnenden Rezession genutzt werden, um Darmstadt attraktiver für die Ansiedlung von neuen Gewerbeunternehmen durch angemessene Gewerbesteuerhebesätze zu machen.

Die AfD Darmstadt fordert eine stufenweise Absenkung dieses hohen Hebesatzes für die Jahre 2020, 2021 und 2022, um das Niveau ihrer benachbarten Gemeinden zu erreichen und damit wettbewerbsfähig zu bleiben.

Dies gilt insbesondere für mittelständische Unternehmen, denn die Reduzierung der Arbeitslosigkeit wird durch die anstehende schwere Rezession zur zentralen Frage werden. Die Unterstützung bestehender Unternehmen und der Wettbewerb um neue Unternehmen (Ansiedlung neuer Unternehmen) mit neuen Arbeitsplätzen werden zu wichtigen Bausteinen zur Senkung der Arbeitslosigkeit.

Die AfD Darmstadt sieht in dem Erhalt der bestehenden Arbeitsplätze und die neuen Arbeitsplätzen als das beste Mittel zur Bewältigung der anstehenden Rezession. Als langfristiges Ziel kann diese Zeit genutzt werden, sich politisch und überregional für eine Abschaffung der Gewerbesteuer und viel stärkere Partizipation an der Umsatzsteuer seitens der Stadt Darmstadt und ihren Parteiorganisationen in Land und Bund stark zu machen.

Unsere Forderung steht auch im Einklang mit der Forderung des Bundes der Steuerzahler.

Die Nutzung der städtischen Infrastruktur durch Freiberufler, die keine Gewerbesteuer im Vergleich zu gewerblichen Unternehmen zahlen, gilt es in einer digitalen Welt neu zu definieren.

Digitaler Datenverkehr ist ebenso wichtig wie z. B. eine städtische Verkehrsinfrastruktur.

Die AfD Darmstadt setzt sich deshalb für eine Gleichbehandlung hinsichtlich der Nutzung der Infrastruktur und eine gerechte Besteuerung ein.

Viele Grüße

Günter Zabel